

Niederschrift BAU/031/2018

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Bauausschusses der
Stadt Rheine
am 26.04.2018

Die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer SPD Ratsmitglied / Vorsitzender

Mitglieder:

Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Matthias Berlekamp	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Paul Hartmann	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Dennis Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Peter Kölker	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzender
Herr Fabian Lenz	CDU	Ratsmitglied
Herr Kurt Radau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Mirko Remke	CDU	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzender
Herr Heribert Röder	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Anna-Lena Scheinig	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Werner Wenker	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Claus Meier Sachkundiger Einwohner f.
Beirat für Menschen mit
Behinderung

Vertreter:

Frau Maren Krüger	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Hendrik Börger
Herr Friedrich Theismann	CDU	Vertretung für Herrn Christian Beckmann

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Herr Dr. Jochen Vennekötter		Fachbereichsleiter FB 5
Herr Mario Kaiser		Produktverantwortlicher Zentrale Gebäudewirtschaft
Frau Claudia Kurzinsky		Produktverantwortliche Hochbau
Herr Hans-Jürgen Gawollek		Produktverantwortlicher Straße/Grün
Herr André Löckener		FB 5, Projektmanagement Bahnflächen
Herr Martin Forstmann		Mitarbeiter der TBR
Herr Thomas Roling		Mitarbeiter der TBR
Frau Andrea Mischok		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Christian Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Hendrik Börger	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Heiko Schomaker	UWG	

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Werner Bela		Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
Herr Ahmad Hammudeh		Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Nachfolgend nimmt Herr Brauer die Verpflichtung von Frau Maren Krüger nach § 58 Abs. 3 und 2 (SB) in Verbindung mit § 67 Abs. 3 Gemeindeordnung NW vor.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 30 über die öffentliche Sitzung am 15.03.2018

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 15.03.2018 gefassten Beschlüsse

Herr Dr. Vennekötter verweist auf die Niederschrift.

1.	TOP 8 ÖS	Herr Weßling/Herr Berardis BauA 25.01.2018	Stellplätze für Fahrräder in der Innenstadt hier: Rückbau der Hochbeete
Antwort Herr Wolters			

Herr Weßling bittet zu prüfen, ob das Hochbeet um den Baum vor der „Ratsdeele“ so zurückgebaut werden könne, dass dort noch weitere Fahrradabstellmöglichkeiten machbar seien. Wichtig sei ihnen aber auch die Erhaltung des Baumes.

Herr Berardis bittet ergänzend zu prüfen, ob das Hochbeet hinter dem „Extrablatt“ entsprechend dem vg. Vorschlag für Fahrradabstellanlagen zu nutzen sei.

Antwort Herr Wolters

Die Standorte der Hochbeete an der Ratsdeele und am Extrablatt wurden bewusst aus dem Konzept zur Entwicklung von Vorschlägen zur Optimierung von Stellplätzen für Fahrräder in der Innenstadt ausgenommen. Nach Rücksprache mit der TBR sind die Hochbeete stark durchwurzelt. Ein Rückbau würde einen massiven Eingriff darstellen, der eine irreversible Schädigung der Bäume bis hin zur Gefährdung der Standsicherheit hervorrufen würde. Bauliche Eingriffe, die einen Rückbau oder eine Verkleinerung der Beete zur Folge haben, sind daher aus Schutz- und Erhaltungsgründen auf das Schärfste abzulehnen. In diesem Zusammenhang wird darauf ver-

wiesen, dass im Zuge der Umgestaltung des Borneplatzes durch den Rahmenplan Innenstadt alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen, um den Erhalt der Bäume nicht nur zu gewährleisten, sondern die Bedingungen für die vorhandenen Bäume durch größere und adäquate Standortstrukturen, Wasserdurchlässigkeit der Oberfläche und den oftmals unterschätzten ober- sowie unterirdischen Raumbedarf der schützenswerten Bäume strukturell zu verbessern und langfristig zu sichern.

2. TOP 20 **Herr Berardis** **Beleuchtung Elter Straße Höhe**
ÖS **BauA 15.03.2018** **Kalksandsteinwerk**

Antwort Herr Roling

Herr Berardis erklärt, dass auf der Elter Straße in Höhe Kalksandsteinwerk eine neue Beleuchtung angebracht worden sei. Er möchte wissen, wann die Gehwege wieder hergestellt werden.

Antwort Herr Roling:
Nach Auskunft der Stadtwerke sollen die Bauarbeiten Ende Mai abgeschlossen werden.

3. TOP 17 **Herr Ortel/Frau** **Ausbau Magdalenenstraße**
ÖS **Breulmann**
 BauA 15.03.2018

Antwort Herr Roling

Anfrage Herr Ortel

Herr Ortel bittet, dass die Beantwortung der Anfrage aus der Einwohnerfragestunde in Bezug auf erhöhte Unterhaltungskosten bei nicht ausgebauten Straßen so beantwortet werde, dass ein Vergleichsmaßstab ersichtlich sei, wie sich die Unterhaltungskosten im Vergleich zu ausgebauten Straßen verhalten. Er bittet, dieses Ergebnis den Bauausschussmitgliedern zur Information zukommen zu lassen.

Anfrage Frau Breulmann/Einwohnerfragestunde

Frau Breulmann erklärt, dass in der Begründung der Vorlage erklärt wurde, dass die Instandhaltungskosten der alten Straße sehr hoch waren. Sie möchte wissen, wie hoch die Kosten gewesen seien.

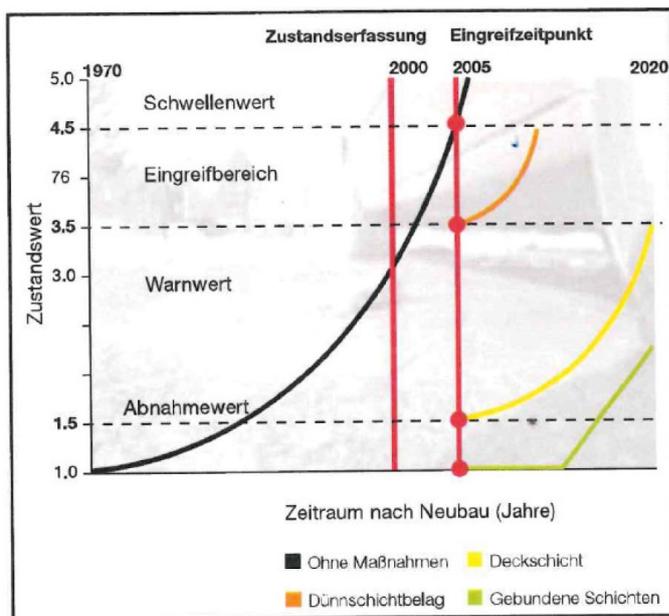
Antwort Herr Roling

Mit Beschluss des BauA vom 28.08.2014 (Vorlage 326/14) ist die Magdalenenstraße erstmalig in die Prioritätenliste zum Ausbau von Straßen, die jährlich für Straßenbauprojekte der Folgejahre beschlossen wird, aufgenommen worden. Der Ausbaupunkt ist mit dem Jahr 2018 vorgesehen worden.

Eine Entscheidung für eine Erneuerung/Sanierung einer Straße wird daher in Abhängigkeit des aktuellen Zustands und der prognostizierten Zustandsentwicklung getroffen, um den wirtschaftlichsten Zeitpunkt zum Ausbau wählen zu können.

Für die Magdalenenstraße ist in der Zustandserfassung und -bewertung aus 2011 eine Zustandsnote mit 4,0 (von 1–5) ermittelt worden. Daraus abgeleitet wurde ein idealer Eingriffszeitpunkt in 2017.

Durch den politischen Beschluss zur Prioritätenliste wird gewährleistet, dass eine wirtschaftliche Straßenzustandserhaltung im Interesse der Allgemeinheit vorrangig gegenüber Einzelinteressen behandelt wird.



4. TOP 4 **Einwohnerfragestunde** **Querungshilfe Breite Straße**
ÖS **BauA 15.03.2018**

Antwort Herr Forstmann

Herr Brauer regt an, dass Herr Forstmann sich nach Fertigstellung mit Frau Gottfreund und Herrn Brück die Situation vor Ort noch einmal ansehe, um dann zu entscheiden, ob es noch Notwendigkeiten für Änderungen gebe.

Antwort Herr Forstmann

Bereits am Dienstag nach der BauA-Sitzung fand ein Ortstermin mit den Beteiligten statt.

Es werden noch im April Klebeborde aufgebracht. Somit gibt es zwei Querungshilfen an der Breiten Straße. Die Straßenmarkierung wird anschließend aufgebracht. Im Bereich der Insel wird ein erhabener Vollstrich aufgebracht. Somit kann der Blinde den Anfang und das Ende ertasten.

5.	TOP 4 ÖS	Einwohnerfragestunde BauA 15.03.2018	Verkehrssituation Schleupestraße
Antwort Herr Elbers/Herr Lipka			
Herr Klüssendorff weist darauf hin, dass durch das große Bauvorhaben die rechte Stra- ßenseite zurzeit komplett durch Handwerkerfahrzeuge zugeparkt werde. Er bittet, sich der Situation dringend anzunehmen und fragt, was diesbezüglich gemacht werden kön- ne.			
Antwort Herr Lipka			
Herr Lipka teilt mit, dass die Verkehrsüberwachung angewiesen wurde, dort zukünftig im Rah- men der Möglichkeiten verstärkt zu kontrollieren.			

3. Informationen der Verwaltung

3.1. Neubau Feuerwehr rechts der Ems/Rettungswache Kreis Steinfurt - Fertigstellung

Stadt Rheine
Der Bürgermeister
- FB 5.21 - ku -

24. April 2018

Information

für die Sitzung des Bauausschusses am 26. April 2018

- öffentliche Sitzung-

Neubau Feuerwehr rechts der Ems/Rettungswache Kreis Steinfurt Fertigstellung

Mit Stand vom 20.04.2018 wurde der Bauzeitenplan für den Neubau der Feuerwehr r.d. Ems
/Rettungswache Kreis Steinfurt aktualisiert.

Aufgrund von Witterungsbedingungen und Lieferschwierigkeiten verschiebt sich die für den Mai
2018 geplante Fertigstellung auf Ende Juli 2018.

Insgesamt wurden vom Außenanlagenbauer 50 Schlechtwettertage angemeldet. Der lang an-
dauernde Regen im November und Dezember 2017 und der Wintereinbruch mit Frost im Früh-
jahr 2018 machten die Durchführung der umfangreichen Außenanlagen unmöglich.

Durch den Frost im Frühjahr waren ebenfalls die Putzarbeiten in der Fahrzeughalle und den Ne-
benräumen mit den Nachfolgewerken nicht auszuführen.

Bei den Fassadenarbeiten kam es aufgrund der Auslastung der Industrie zu einer Verzögerung der Lieferungen.

Bei dem Fertigstellungstermin Ende Juli 2018 wurden eine 15-tägige Umzugszeit und 10 Tage Reserve eingerechnet.

aufgestellt:
Im Auftrag

Kurzinsky
Hochbau

3.2. Ergänzung der Verglasung am ZOB

Stadt Rheine
Der Bürgermeister
- FB 5.21 - ku -

24. April 2018

Information

für die Sitzung des Bauausschusses am 26. April 2018

- öffentliche Sitzung -

Rahmenplan Innenstadt - ZOB Zusätzliche Verglasung

Nach der Fertigstellung und Einweihung des ZOB im November 2017 hat der Rat der Stadt Rheine beschlossen, dass auch der nördliche Teil der Überdachung eine Verglasung erhalten soll.

Die Kosten für die zusätzliche Verglasung wurden mit ca. 85.000 € veranschlagt.

Die entsprechenden Angebote als Nachträge zu den bestehenden Aufträgen wurden bei der Stahlbaufirma und der Verglasungsfirma eingeholt. Die Kosten für die Nachträge liegen nun bei 86.957,94 €.

Der Bauantrag wird als eigenständiger Bauantrag behandelt, da das Baugenehmigungsverfahren für den ZOB bereits abgeschlossen ist.

Die Fertigstellung wird voraussichtlich im Juli/August 2018 sein.

aufgestellt:
Im Auftrag

Kurzinsky
Hochbau

3.3. Behandlung von Eingaben der Anlieger von beitragspflichtigen Straßenbaumaßnahmen

Herr Dr. Konietzko merkt an, dass es seit der Veränderung der Informationspolitik in 2014/2015 in Bezug auf beitragspflichtige Straßenbaumaßnahmen sehr viele Eingaben und Widersprüche seitens der Anlieger gegeben habe. Es habe sich diesbezüglich sehr viel bewegt, sodass man sehen könne, dass die Bürger reges Interesse zeigen. Fragen würde er sich allerdings, wie die Politik über all diese Verfahren von der Verwaltung in Kenntnis gesetzt werde.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass die Verwaltung mit der Umstellung bezüglich der Informationen für die Anlieger erreichen wollte, dass es im Vorfeld schon Diskussionen gebe, die zu dem Zeitpunkt auch noch möglich seien. Dadurch bekomme der Bürger eine ganz andere Wahrnehmung von seinen Pflichten, als wenn er im Nachgang nur über seine Zahlungspflicht informiert werde. Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass man das frühzeitige Informieren beibehalten werde, wobei man festgestellt habe, dass sich die Eingaben, die man im Rahmen der Offenlage bekomme, nicht nur auf Entwurfsfragestellungen beziehen, sondern oftmals auch Beitragstatbestände beinhalten. Durch die neue Verfahrensweise soll die Informationspolitik geordneter vorgehen, wobei zum einen der Bürger eine Antwort bekommen müsse, aber auch die Politik an den entsprechenden Stellen hierüber informiert werden soll.

Herr Dr. Konietzko möchte wissen, wie umfangreich die Politik hierzu informiert werde.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass klassische Offenlegungsfragen zum Entwurf immer schon im Rahmen der Abwägungsvorstellung zur Kenntnis gegeben worden seien. Im Rahmen der Beitragsfragestellungen werde die Verwaltung differenzieren, ob eine Beteiligung der Politik vom Bürger gewünscht werde. Weiter werde man den Bauausschuss von sog. Beitragssondertatbeständen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung regelmäßig in Kenntnis setzen.

Stadt Rheine
Der Bürgermeister
- I-5.80-ga- -

Rheine, 19. Februar 2018

Information für die Sitzung des Bauausschuss am 15.03.2018

Behandlung von Eingaben der Anlieger von beitragspflichtigen Straßenbaumaßnahmen

Gemäß der Anlage – lfd. Nr. 2. - der Zuständigkeitsordnung für Rat und Ausschüsse vom 01.07.2014 beschließt der Bauausschuss die durchzuführenden Projekte und Maßnahmen für das Folgejahr. Im Bauausschuss am 07.09.2017 wurde die Prioritätenliste für das Haushaltsjahr 2018 und den Finanzplanungszeitraum vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung zum Haushaltsplan 2018 beschlossen. Inzwischen verabschiedete der Rat der Stadt Rheine den Haushaltsplan. Für die Durchführung der Straßenbauprojekte, die in der Prioritätenliste und auch im Haushaltsplan 2018 aufgeführt sind, liegt somit ein rechtswirksamer Beschluss des Bauausschusses vor.

In der Regel startet mit dem Beschluss des Haushaltsplanes die Planungsphase für die durchzuführenden Straßenbauprojekte durch die Straßenplaner der Technischen Betriebe Rheine

(TBR). Zunächst wird die Entwurfsplanung für jedes Projekt vorbereitet. Diese Entwurfsplanung wird im Bauausschuss vorgestellt und dort zur Offenlage freigegeben. Nach der Offenlage erfolgt die Abwägung der Eingaben der Anlieger im Bauausschuss. Letztendlich beschließt der Bauausschuss gemäß der Anlage – lfd. Nr. 107 – der Zuständigkeitsordnung für Rat und Ausschüsse das Bauprogramm.

Die Information der Anlieger bei beitragspflichtigen Straßenbaumaßnahmen über den voraussichtlichen Baubeginn und der damit verbundenen Beitragspflicht erfolgt durch die Bauverwaltung wie folgt:

1. nach Beschluss des Haushaltsplanes

bei Ausbau von „provisorischen“ Straßen, die bisher noch nicht erstmalig hergestellt wurden,

und

bei nochmaligem Ausbau von Straßen (Erneuerungen, Verbesserungen und Erweiterungen)

2. nach Beschluss der Offenlage

bei einem erstmaligen Ausbau in Neubaugebieten

Bis ca. 2015 erhielten alle betroffenen Anlieger erst durch das Anhörungsschreiben unmittelbar vor Baubeginn Kenntnis über die Beitragspflicht. Durch die neue Verfahrensweise der Information der Anlieger häufen sich die Widersprüche, Eingaben, Einwendungen usw. (Einsprüche) insbesondere bei bisher nur provisorisch ausgebauten Straßen und bei nochmaligem Straßenausbau.

Bisher wurden die „Einsprüche“ im Rahmen der Offenlage abgehandelt, im Rahmen der Anhörung durch die Bauverwaltung und in Ausnahmefällen durch den Bauausschuss bzw. dem Bürgermeister beantwortet.

Aufgrund der deutlichen Zunahme der „Einsprüche“ und auch der zunehmenden Abwehrhaltung - insbesondere bei nochmaligem Straßenausbau - sollte zukünftig eine für alle transparente Verfahrensweise bezüglich der Beantwortung dieser „Einsprüche“ geregelt werden.

Vorschlag zur Verfahrensweise:

1. ***Schriftliche „Einsprüche“ der Anlieger aufgrund der Informationsschreiben direkt an die Bauverwaltung:***

Diese werden schriftlich durch die Bauverwaltung beantwortet. In der Regel erfolgt dies als Zwischennachricht mit Hinweis auf das weitere Beitragsverfahren. Sollte der Ausbau grundsätzlich infrage gestellt werden, wird in der schriftlichen Antwort auf den Beschluss des Bauausschusses zur Durchführung des Projektes hingewiesen, denn nur der Bauausschuss – nicht die Verwaltung – kann den Beschluss widerrufen. Die Verwaltung informiert den Bauausschuss in der nächsten Sitzung über den Tagesordnungspunkt „Eingaben“ im öffentlichen Teil, falls dieser durch den Verfasser des „Einspruches“ beteiligt wird bzw. beteiligt werden soll. Anschließend teilt die Bauverwaltung dem Einspruchsverfasser das weitere Vorgehen mit.

Sollten bereits Fragestellungen zur Offenlage (Planung) enthalten sein, werden diese zuständigkeithalber an die TBR weitergeleitet und der Einspruchsverfasser entsprechend informiert.

2. *Eingaben im Rahmen der Offenlage an die TBR (Regelfall):*

Die Eingaben zu den Ausbaumerkmale werden vom Bauausschuss abgewägt. Beitragsrechtliche „Einsprüche“ oder solche, die den Projektstart verschieben oder ganz infrage stellen, werden zuständigkeithalber durch die TBR an die Bauverwaltung weitergeleitet. Vorgehensweise durch die Bauverwaltung wie unter 1. geschildert.

3. *Schriftliche „Einsprüche“ der Anlieger an den Verwaltungsvorstand bzw. direkt an den Bürgermeister:*

Der VV bzw. der Bürgermeister leitet die „Einsprüche“ zuständigkeithalber zur Beantwortung an die Bauverwaltung weiter. Diese fertigt unter Beteiligung der angeschriebenen Stellen ein Antwortschreiben zu beitragsrechtlichen Fragestellungen. Sollte das Projekt insgesamt infrage gestellt werden, wird wie unter 1. geschildert der Bauausschuss entsprechend beteiligt.

Sollten Fragen zur Offenlage enthalten sein, werden diese zuständigkeithalber an die TBR weitergeleitet und der Einspruchsverfasser entsprechend informiert.

4. *Schriftliche „Einsprüche“ der Anlieger an den Rat bzw. an den Bauausschuss*

Diese werden als Eingaben in der nächsten Sitzung des angeschriebenen Gremiums behandelt. Der Rat verweist diese Art von „Einsprüchen“ zuständigkeithalber an den Bauausschuss.

Der Bauausschuss gibt die Eingabe im öffentlichen Teil der nächsten Sitzung bekannt und beauftragt die Verwaltung mit der Beantwortung der Eingabe bzw. fordert eine Vorlage zu dem Thema für die nächste Sitzung. Sollte eine Beantwortung ausreichen, wird das Antwortschreiben an den Einspruchsverfasser in der nächsten Sitzung des Bauausschusses unter Informationen im öffentlichen Teil der Sitzung bekanntgegeben.

Problematisch sind „Einsprüche“, die die Durchführung des Projektes verhindern wollen, wenn in der Sitzung des Bauausschusses, in der die Bekanntgabe der Eingabe erfolgt, auch die Offenlage bzw. das Bauprogramm zu diesem Projekt beschlossen werden soll. In diesem Fall muss der Bauausschuss das weitere Vorgehen entscheiden. Dies könnte bedeuten, dass die Durchführung des Projektes verschoben bzw. ganz aufgehoben wird.

Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise:

Verfahrensvorschläge sollten mit den betroffenen Stellen – Bauausschuss, Verwaltungsvorstand, TBR – abgestimmt werden.

Im Auftrag

gez. Gawollek

4. Einwohnerfragestunde

Jonas Klüssendorff, Heinrichstraße 36, Rheine

Herr Klüssendorff möchte noch einmal auf die **Parksituation Riegelstraße/Schleupestraße** zurückkommen, die er im letzten Ausschuss schon angesprochen habe. Er teilt mit, dass sich bezüglich des Parkens nichts getan habe und die Straßen morgens bis abends zugeparkt seien. Er habe mit dem Ordnungsamt telefoniert, das die Politessen zur Überwachung einmal geschickt habe, was dann auch nur einmalig Wirkung gezeigt habe. Er möchte wissen, wie man sich die Situation dort weiter vorstelle.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass man den Sachstand an das Ordnungsamt weitergegeben habe. Er sehe aber auch, dass die Kontrollen in dem Bereich etwas nachhaltiger erfolgen müssen, um Wirkung zu erzielen. Er werde dies noch einmal mitnehmen.

Herr Klüssendorff erklärt, dass man seine Anfrage bezüglich freier **WLAN-Benutzung während der Bauausschusssitzung** abgelehnt habe. Er regt an zu überlegen, dass auch im Ratssaal freies WLAN angeboten werde. Man könne überall in der Innenstadt auf freies WLAN zurückgreifen, wobei er dann nicht verstehen könne, warum dies im Ratssaal nicht angeboten werden könne. Er bittet dies noch einmal zu überprüfen.

Herr Brauer sagt zu, dieses Thema in die nächste Ratssitzung mitzunehmen, um dies dort noch einmal zu thematisieren.

Siegrid Ricken, Riegelstraße, Rheine

Frau Ricken erklärt, dass Straßen im Bereich Riegelstraße/Schleupestraße durch den Baustellenverkehr in Mitleidenschaft gezogen werden und es an der Schleupestraße schon einige Schlaglöcher gebe. Frau Ricken möchte wissen, wer dafür zuständig ist, dass die Schleupestraße später wieder in einen guten Zustand versetzt wird und der Bauherr dafür noch verantwortlich gemacht werde.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass der Bauherr grundsätzlich das Recht habe, die Straße zu befahren. Wenn Schäden durch die Fahrzeuge entstehen, sei dies bei normaler Beanspruchung der Straße nicht Thema des Bauherrn. Die Schadensbeseitigung ist eine Aufgabe der Stadt, wobei die Schleupestraße schon in der Prioritätenliste für den Straßenbau aufgenommen wurde und für einen Erneuerungsausbau vorgesehen sei. Wann dieser Ausbau vorgenommen werde, sei im Rahmen der Beratungen zur Prioritätenliste für den Haushalt zu entscheiden.

5. Eingaben

5.1. Antrag auf Errichtung einer Beleuchtung des Rad- und Fußweges "Am Schultenhof"

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass für die Eingabe eine Vorlage erarbeitet werde.



Stadtteilbeirat Mesum
Der Vorsitzende
Rudolf Kölling-Gröning

Antrag auf Errichtung einer Beleuchtung des Rad- u. Fußwegs in der Parkanlage „Am Schultenhof“ in Mesum

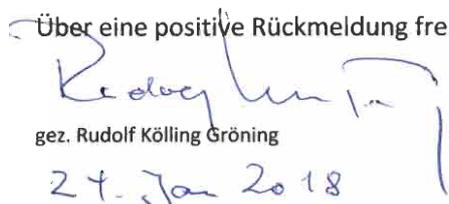
Hiermit stellt der Stadtteilbeirat Mesum einen Antrag auf Errichtung einer Beleuchtung des Rad- u. Fußweges in der Parkanlage „Am Schultenhof“ in Mesum. Der Stadtteilbeirat Mesum wurde von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern aus Mesum, insbesondere von den Anwohnern auf die mangelnde Beleuchtung angesprochen. Viele Schulkinder nehmen den eigentlich verkehrssicheren Weg durch den Park, wobei dieser ab Herbst in den Morgenstunden sehr dunkel ist. Daher werden vielfach Taschenlampen für den Schulweg eingesetzt.

Zudem wird der Rad- u. Fußweg von den Anwohnern des Baugebietes als direkte Verbindung ins Dorf und zu den Kindergärten stark frequentiert. Gerade in den frühen Morgenstunden sowie am späten Nachmittag/Abend wird der Weg sehr intensiv genutzt. Insbesondere zu dieser Zeit ist der Park mit seinem Baumbestand völlig unbeleuchtet und somit stockdunkel.

Der Stadtteilbeirat Mesum hat sich die Gegebenheiten vor Ort angesehen und sieht deutlichen Handlungsbedarf, aber auch Handlungsmöglichkeiten. Am Anfang des Parks befindet sich ein Stromverteilerhäuschen. Zudem handelt es sich um eine relativ kurze Strecke, so dass der Stadtteilbeirat Mesum davon ausgeht, dass sich der finanzielle Aufwand in Grenzen halten wird. Ferner haben sich die Anwohner bereit erklärt, die Arbeiten, sofern möglich und gewünscht, zu unterstützen. Einer der Anwohner, zugleich Garten- und Landschaftsbauer, würde beispielsweise die Erdarbeiten in Eigenleistung kostenfrei erbringen.

Gerne laden wir auch Sie zu einem Ortstermin ein, um sich selber ein Bild von den Gegebenheiten zu machen.

Über eine positive Rückmeldung freuen wir uns.


gez. Rudolf Kölling Gröning

24. Jan 2018

5.2. Klärung der Verkehrssituation in Bezug auf die Bebauung des Bernburgplatzes

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass er diese Anfrage zur Berücksichtigung im Rahmenplan Innenstadt unter dem entsprechenden Teilprojekt einfließen lassen werde.

Stadtteilbeirat Innenstadt / Rheine
Kirsten Weßling-Busjan
Bürnekamp 12
48432 Rheine
Tel.: 05975-3877

An den Rat
der Stadt Rheine
Klosterstr. 14
48431 Rheine

15.02.2018

Betreff: Antrag bzgl. Bebauung des Bernburgplatzes

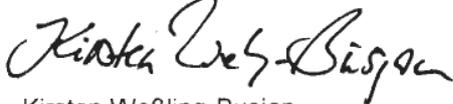
Sehr geehrte Ratsmitglieder,

mit Fortführung der Planungsgespräche „Bernburgplatz“ ist die frühzeitige Klärung der Verkehrssituation dringend erforderlich.

Welche negativen Folgen sich ergeben können, zeigt die Situation an der Schleupe.

Aus diesem Grund beantragt der Stadtteilbeirat Innenstadt/Hörstkamp mögliche Probleme des ruhenden und fließenden Verkehrs rund um den Bernburgplatz im Vorfeld abzuklären.

Mit freundlichen Grüßen



Kirsten Weßling-Busjan
Vorsitzende

5.3. Querungshilfen für die Windmühlenstraße

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass für diese Eingabe eine Vorlage gefertigt werde.

Jürgen Komm

48429 Rheine, den 21.02.2018

Eschendorfer Str. 35

jkomm@t-online.de

An den
Rat der Stadt Rheine

Betr.: Formloser Antrag zur Querung der Windmühlenstr.

Sehr geehrte Damen und Herren

Ein Brennpunkt im Stadtteil Eschendorf ist die Überquerung der Windmühlenstr. im Bereich der Osningstr. durch die Schulkinder aus Altenrheine (Grundschule/Gesamtschule/ Kopernikus Gymnasium). Der vom Stadtteilbeirat mehrmals beantragte Kreisel wurde immer wieder aus finanzieller und auch fahrtechnischer Sicht abgelehnt. Von Seiten der Mitglieder unterbreiten wir folgende Vorschläge, die wir für brauchbar und auch kostengünstig umsetzbar halten.

Vorschlag 1: Verlängerung des Fahrradstreifens auf der Windmühlenstr. über die Osningstr. hinaus bis zur Osnabrücker Str., wo die Kinder die Straße gefahrlos über die Ampelanlage überqueren können.

Vorschlag 2: Ein Fußgängerübergang über die Windmühlenstr. in Höhe Osningstr., wodurch die Schulkinder auch hier die Straße gefahrlos queren können.

Diese Vorschläge wurden ebenfalls dem für Straßen zuständigen Mitarbeiter beim TBR schriftlich unterbreitet.

Da die Überquerung der Windmühlenstr. für die Schulkinder aus Altenrheine in den morgendlichen Verkehrsstunden nicht ohne Risiken ist, bitten wir darum, diesen Gefahrenschwerpunkt endlich durch geeignete Maßnahmen zu entschärfen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Komm

-Vorsitzender Stadtteilbeirat Eschendorf-

5.4. Verlegung von Glasfaserleitungen in Rodde und Kanalhafen

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass für die Eingabe eine Antwort schon formuliert worden sei. Er erklärt, dass man für diese Maßnahme eine Zusage auf Fördermittel bekommen habe. Man habe überprüft, welche Haushalte in Rodde mit 30 MB an das Netz schon angeschlossen wurden und welche Haushalte in die Fördermaßnahme gehören. Diese Informationen werde man dem Stadtteilbeirat zur Verfügung stellen.

Stadtteilbeirat Rodde / Kanalhafen
Stellvertretender Vorsitzender
Bernhard Berghaus
Rutestraße 3
48432 Rheine

Rodde, den 01.04.2018

Stadt Rheine
Klosterstraße 14
48431 Rheine

Verlegung von Glasfaserleitungen in Rodde und Kanalhafen

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der letzten Sitzung des Stadtteilbeirates Rodde / Kanalhafen am 22.03.2018 ist folgendes zur Sprache gekommen. In den Nachbarorten wie Hörstel, Dreierwalde und Bevergern geht der Ausbau von Glasfaserleitung (für schnelles Internet) zügig voran. Leider ist dieses im Raum Rheine nicht zu beobachten. Jetzt stellte sich die Frage wie geht es im Raum Rheine besonders Rodde / Kanalhafen weiter. Wann ist in Rodde / Kanalhafen mit einem Ausbau zu rechnen, und wie würde er ablaufen. In der MV war auch zu lesen dass der Kreis Steinfurt 12,5 Mio. zum Ausbau für schnelles Internet erhält! Wieviel bekommt die Stadt Rheine und in welchen Gebiet wird es eingesetzt .Es gibt immer noch in den Außenbereichen von Rodde / Kanalhafen Gebiete die total unterversorgt sind .Ein zügiger Ausbau mit Glasfaser ist empfehlenswert für Rodde / Kanalhafen um den Stadtteil attraktiv zu halten!

Hochachtungsvoll,

Bernhard Berghaus

Im Auftrag
des Stadtteilbeirates Rodde / Kanalhafen

5.5. Gestaltung des Geländes an der Hünenborg

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass man diese Eingabe im Rahmen des Masterplanes Grün mit einfließen lassen werde.



Stadtteilbeirat
Laura-Jane Klein
Vorsitzende
Franz-Tacke-Str. 18
48431 Rheine
☎ 05971 8032492
E-Mail klein.laurajane3009@
gmail.com

13. März 2018

Antrag: Gestaltung Gelände Hünenborg

Sehr geehrter Herr Dr. Lüttmann,

bereits in unserem Treffen am 26.10.2017 haben mein Stellvertreter Herr Christian Steffan und ich Ihnen erläutert, dass uns eine Neugestaltung des o.g. Geländes sehr am Herzen liegt und auch aus welchen Gründen, die ich in diesem Schreiben gerne noch einmal näher darlegen möchte.

Wir hatten Sie u.a. auf das Problem mit den „Sponsorenbäumen“ (Preise von € 450,00 pro Baum) und dem damit verbundenen Absagen mehrerer Interessenten aufgrund des hohen Preises hingewiesen. Auch über die weiteren Ideen (im Folgenden ausführlich erläutert) hatten wir gesprochen. Am 26.10.2017, kurz nach unserem Treffen, habe ich einen groben Übersichtsplan der Gestaltungsideen an Herrn de Groot-Dirks gemailt. Leider haben wir seitdem nichts mehr bezüglich unserer Pläne gehört. Da uns das Thema aber nach wie vor allen sehr am Herzen liegt und wir durch und mit dem Beirat etwas bewegen bzw. für die Umwelt und Bürger erreichen möchten, wenden wir uns nun mithilfe eines Antrags an Sie.

Es wurde lebhaft über den Zustand des Denkmals diskutiert und das nicht nur in unseren Sitzungen. Es ist ein Wahrzeichen der Stadt, welches von weit hin sichtbar ist. Bei gutem Wetter sogar von Bad Bentheim ist dieses Kriegerdenkmal zu sehen.

Es wird der tolle Ausblick bis weit nach Niedersachsen hervorgehoben und auch der Biotopcharakter ist ein Plus dieses Platzes. Zudem ist die Hünenborg ein Erholungsort besonders für den Nahbereich. Die Bebauung der Schwedenstraße und der südlichen Neuenkirchener Str. reichen bis dicht heran. Auch die neu entstandene KiTa nutzt die Hünenborg für Ausflüge. Das jährliche Drachenfest ist wohl der Höhepunkt und macht dieses Biotop immer bekannter.

Aus etlichen Diskussionen im Beirat und mit Anwohnern ergaben sich folgende Vorschläge:

- eine *Beleuchtung* des Denkmals und des Rundweges wäre nicht nur wünschenswert, sondern auch wegen des Sicherheitsgefühls der Bürger dringend erforderlich. Gerade bei den jährlichen Aktionen „Sauberer Rheine“ stellen wir immer wieder mit Entsetzen fest, wie dieser Ort als Müllablade- fläche missbraucht wird. Diesem könnte man u.a. durch Beleuchtung entgegen wirken. Auch auf unserem Lichterfest 2017 ist eine indirekte Beleuchtung des Denkmals und des hinführenden Weges mehrfach positiv bemerkt worden (Ihr Stellvertreter Herr Bonk war ebenfalls begeistert). Gerne füge ich Bilder der Beleuchtung im Anhang an.
- mehrere *Sitzgelegenheiten* (in Form von Sitzbänken o.ä.). Gerade für unsere älteren Mitbürger oder Menschen mit Behinderung sind Sitzmöglichkeiten unabdingbar. Sofern der „Anstieg“ für sie geschafft ist, fehlt dann aber oben am Denkmal (davor/dahinter/daneben; nicht im Denkmal) eine Möglichkeit zu verschnauften und den Ausblick zu genießen!
- *Hundekotbeutel-Spender*
- die Artenvielfalt der Gehölze sollte auf einheimische Bäume und Sträucher begrenzt werden. Hierzu würden wir gerne so genannte „*Sponsoren-bäume*“ (Problem bereits oben erläutert) aufstellen.
- In Anbetracht der umliegenden KiTas/Schulen wäre auch ein *Waldlehrpfad mit Beschilderung* (wie im Walshagenpark oder auf dem alten Friedhof) gut denkbar.
- es fehlen *Hinweisschilder* auf diesen Aussichtspunkt in der gesamten Stadt. Auch am Fahrradweg sind Hinweisschilder erforderlich (Herr Nagelschmidt als Fahrradbeauftragter ist bereits informiert und stimmt dem Vorschlag zu).
- zur besseren optischen Gestaltung ist geplant „*Richtungsschilder*“ aufzustellen, die die Ziele in der Ferne erklären (z.B. Pfeilschilder mit Aufschrift (20 km Burg Bentheim oder 468 km Brandenburger Tor).
- eine „*Erklärungstafel*“ (wie am Radweg Rheine-R) über die Geschichte und Bedeutung des Denkmal (evtl. „interaktiv“ mit QR-Code). Der Besitzer des Metropoli-Kino Heinz Schulte würde uns bei dieser Idee mit seinen Sammlungen helfend zur Seite stehen.

Dies alles sind optimale Maßnahmen, um die Attraktivität dieses Juwels von Rheine steigern zu können.

Das Ziel dieser Neugestaltung ist vor allem eine optische Aufwertung des, bisher kaum genutzten und für viele unbekanntes Geländes, sowie die Steigerung der Nutzung als „Naherholungsgebiet“. Derzeit nutzen nur wir, als Stadtteilbeirat, einmal jährlich das Gelände für unser Drachenfest. Da aber das Baugebiet an der Neuenkirchener Straße weiter ausgebaut wird, wäre dieser Platz optimal als kleine „Parkfläche“ für die Anwohner nutzbar.

Recht passend zu unseren Plänen hat nun auch die Stadt den „Maserplan Grün“ ins Leben gerufen, bei dem auch wir, als Beirat, bei einem Arbeitstreffen mitwirkten.

All diese Ideen würden dann mithilfe von Sponsoren, vom Beirat erwirtschafteten Geld und Anwohnern umgesetzt werden.

Um unsere Pläne in die Tat umsetzen zu können, benötigen wir jedoch auch Unterstützung seitens der Stadt. Daher bitte ich Sie, sämtliche Ideen in diesem An-

trag zu evaluieren und Möglichkeiten, dem Beirat unterstützend zur Seite zu stehen, zu diskutieren.

Mit freundlichen Grüßen
für den Stadtteilbeirat

gez. Laura-Jane Klein
Vorsitzende

6. Sachstandsbericht des ehrenamtlichen Fahrradbeauftragten der Stadt Rheine

Herr Brauer begrüßt Herrn Engelbert Nagelschmidt als ehrenamtlichen Fahrradbeauftragten der Stadt Rheine und erteilt ihm das Wort.

Anhand einer Präsentation gibt Herr Nagelschmidt einen Einblick in 2 Jahre Tätigkeit als ehrenamtlicher Fahrradbeauftragter. Er weist auf Fahrradstellplätze hin, die gut aber auch weniger gut angebracht wurden und zeigte eine unterirdische Fahrradabstellanlage, wie sie in den Niederlanden genutzt werde. Herr Nagelschmidt regt an, Umlaufsperrern mit einem breiteren Abstand für eine bessere Durchfahrt anzubringen. Er gibt Anregungen zu Fahrradachsen, den Verbindungen von Bahnradwegen und Möglichkeiten für die Führung von Radwegen auf Straßen, Markierungen und Fahrradfreundlichkeit.

Herr Weßling erklärt, dass man im letzten Jahr beschlossen habe, Teile der Fußgängerzone für Radfahrer frei zu geben. Er erklärt, dass man nach einem Jahr einen Bericht hierzu erwarte, da es seines Erachtens nicht nur positive Ergebnisse hiermit gebe. Er sei sehr gespannt, wie der Bericht der Verwaltung im September ausfalle.

7. Sachstandsbericht zum Straßenbeleuchtungskonzept der Stadt Rheine

Herr Forstmann stellt das Straßenbeleuchtungskonzept der Stadt Rheine vor. Er gibt Erklärungen zu Zuständigkeiten, WIBERA-benchmark 2010, Ziele des Konzeptes, die Umsetzung und Ergebnisse. Weiter erklärt er Einzelheiten zur Nachtabschaltung und den Perspektiven, die das Konzept beinhaltet. *(Die Präsentation ist Anlage der Niederschrift.)*

8. Förderung Kommunaler Klimaschutz.NRW: Optimierung des intelligenten Energiemanagements und Energiecontrollings der kommunale Liegenschaften der Stadt Rheine Vorlage: 118/18

Seitens der Verwaltung wird auf die Vorlage verwiesen.

Herr Gausmann erklärt, dass es in dieser Vorlage, um die Zustimmung zur Antragstellung gehe, die dann dem Rat zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt werde. Er weist darauf hin, dass es erst später eine explizite Aufschlüsselung der Kosten geben werde. Dieses habe man für den Haushalts- und Stellenplan 2019 schon angekündigt, wobei dann detailliert die Ausgaben abgebildet werden müssen.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:

- 1) Der Rat der Stadt Rheine stimmt der Vorlage zu und beauftragt die Stadtverwaltung den unten beschriebenen Förderantrag einzureichen.
- 2) Der Rat der Stadt Rheine stellt im Rahmen der künftigen Haushaltsplanberatungen den notwendigen Eigenanteil für die Umsetzung des Projektes „Optimierung des Energiemanagements und Energiecontrollings der kommunalen Liegenschaften der Stadt Rheine (OptEEL)“, vorbehaltlich der Bewilligung im Rahmen des Förderantrages Kommunaler Klimaschutz.NRW, zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Sanierung von Wirtschaftswegen in 2018
Vorlage: 142/18**

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass für die Sanierung von Wirtschaftswegen mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Er weist darauf hin, dass man die Ausgaben nach konsumtiv und investiv dargestellt und die geplanten Maßnahmen erstmalig zusammen mit den Landwirten abgestimmt habe.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

**10. Einziehung / Teileinziehung von Teilen der Scharnhorststraße
Vorlage: 149/18**

Seitens der Verwaltung wird auf die Vorlage verwiesen.

Herr Berardis möchte wissen, ob man das Projekt Fahrradunnel in dem Bereich weiter verfolgen könne, wenn man der Einziehung von Teilen der Scharnhorststraße zustimmen werde. Weiter möchte er eine aktuelle Aussage zum Sachstand Fahrradunnel haben.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass die Einziehung das Anfahren des Fahrradunnels nicht unterlaufe. Bezüglich der aktuellen Lage erklärt Herr Dr. Vennekötter, dass man von den Grundstückseigentümern abhängig sei und die Verhandlungen nicht einfach vonstattengehen. Er erklärt,

dass man an dem Thema weiterarbeiten werde, man aber auf die Mitwirkung der anderen Beteiligten angewiesen sei.

Beschluss:

1. Die Stadt Rheine beabsichtigt, ein Teilstück der Scharnhorststraße, im anliegenden Lageplan in Blau dargestellt, Gemarkung Rheine-Stadt, Flur 178, Flurstück 315 tlw. einzuziehen, weil überwiegende Gründe des öffentlichen Wohles für die Beseitigung der Verkehrsfläche vorliegen.

Das Einziehungsverfahren gemäß § 7 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) wird hiermit eingeleitet.

2. Die Stadt Rheine beabsichtigt, ein Teilstück der Scharnhorststraße, im anliegenden Lageplan in Grün dargestellt, Gemarkung Rheine-Stadt, Flur 178, Flurstück 315 tlw. teileinzuziehen, weil überwiegende Gründe des öffentlichen Wohles für die Teileinzziehung vorliegen. Dieses Teilstück soll künftig nur dem Radfahrer- und Fußgängerverkehr dienen.

Das Teileinziehungsverfahren gemäß § 7 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) wird hiermit eingeleitet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Anfragen und Anregungen

Verkehrsführung Riegelstraße/Schleupestraße/Anton-Führer-Straße

Herr Dr. Konietzko bittet, sich über die gesamte Verkehrsführung in Bereich Riegelstraße/Schleupestraße/Anton-Führer-Straße noch einmal Gedanken zu machen, um dort vernünftige Abläufe zu bekommen. (*siehe Anfrage in der Einwohnerfragestunde*)

Herr Gausmann erklärt, dass es im individuellen Baustelleneinrichtungsbereich oft Problematiken gebe, wobei man sich für einen besseren Ablauf den Baustellenbereich ansehen müsse. Auch er sehe das Problem im Innenstadtverkehr, wobei man versuchen müsse, immer mehr Individualverkehr aus der Innenstadt herauszubekommen. Aus seiner Sicht könne man Lösungen nur über das Parkraumgutachten einschließlich der Betrachtung des ÖPNV herbeiführen. Herr Gausmann erklärt, dass man dies aufarbeiten werde, was allerdings nicht von heute auf morgen erfolgen könne.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass für ein Bauvorhaben die Inanspruchnahme öffentlicher Verkehrsflächen beantragt werden müsse, wobei mit der Genehmigung verkehrliche Regelungen festgesetzt werden. Wenn sich dann an die Vorgaben nicht gehalten werde, müsse dies vom Ordnungsamt kontrolliert werden.

Herr Dr. Konietzko erklärt, dass er gerade den Bereich Schleupestraße/Riegelstraße für den Verkehr als schwierig ansehe. Er habe schon öfter darauf hingewiesen, was sich in dem Bereich,

auch bezüglich der Schulen, dort abspiele. Wenn jetzt noch Baustellenverkehr dazu komme, sehe er diesen Zustand als sehr kritisch an. Er möchte wissen, was jetzt konkret zu machen sei.

Herr Gausmann erklärt, dass man aktuell nur die Verkehrsüberwachung verstärkt in den Bereich schicken könne. Eine andere Möglichkeit gebe es zurzeit nicht.

Herr Weßling erklärt, dass diese Diskussion deutlich mache, dass es in der Stadt Rheine ein übergroßes Maß an Individualverkehr gebe, was der Hauptverursacher für die Parkraumnot und übervolle Straßen sei. Aus seiner Sicht müsse nach Lösungen gesucht werden, wie der Individualverkehr aus der Innenstadt herausgeholt werden könne und hierfür ein vernünftiges Nahverkehrskonzept vonnöten sei.

Konsumtive Ausgaben bei Fahrbahndeckenerneuerung

Herr Wenker möchte Informationen zu den konsumtiven Ausgaben der Fahrbahndeckenerneuerung von Gemeinde-, Hauptverkehrs- und Sammelstraßen. Er erklärt, dass eine Asphaltdeckenschicht auf Straßen nach 15 – 20 Jahren erneuert werden müsse. Die Mitglieder der CDU möchten wissen, wie hoch der jährliche Erhaltungsaufwand der Stadt Rheine für die Erneuerung von Deckschichten sei und ob es ein Programm im Rahmen der Straßenunterhaltung hierfür gebe.

Herr Dr. Vennekötter nimmt die Anfrage zur Beantwortung mit.

Frau Scheinig erklärt, dass sie in der letzten Sitzung angeregt habe, an das Land NRW heranzutreten, um ein steuerfinanziertes Modell bezüglich Straßensanierungen und Anliegerbeiträgen zu erhalten. Sie möchte wissen, ob die Verwaltung schon aktiv geworden sei und ob es von der Landesregierung evtl. schon Aktivitäten zur Gesetzesänderung gebe.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass die Politik an die Landesregierung herantreten müsse, um dort eine Gesetzesänderung zu bewirken.

Frau Scheinig erklärt, dass auch eine Kommune eine Anfrage an den Städte- und Gemeindebund stellen könne, um das Verfahren zu unterstützen.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass er kein politisches Votum bekommen habe, dass beispielsweise die Finanzierungsmethode der wiederkehrenden Beiträge der Weg für die Stadt Rheine sein soll. Er weist darauf hin, dass die unterschiedlichen Finanzierungswege Vor- und Nachteile beinhalten. Ob und was weiter verfolgt werden soll, müsse durch den Rat der Stadt erst einmal festgelegt werden.

Herr Gausmann erklärt, dass, wenn die Politik der Meinung sei, diesen Weg zu verfolgen, es das Instrument der Resolution gebe. Die Resolution müsse von der Politik vorbereitet werden und könne dann bei einer positiven Beschlussfassung durch die städtischen Gremien an die Landesregierung weitergeleitet werden.

Herr Brauer erklärt, dass man dann für eine Beschlussfassung zwei Teile aufnehmen sollte. Zum einen, das die Verwaltung in ihrem Bereich über den Städte- und Gemeindebund aktiv wird und gleichzeitig die Politik eine Resolution beim Landtag einreiche.

Neugestaltung der Bahnunterführung Bahnhofstraße

Herr Brauer erklärt, dass es in der Sitzung vom 14.11.2013 eine Information über die Neugestaltung der Bahnunterführung Bahnhofstraße gegeben habe, wo eine optische Aufwertung, Sanierung der Beleuchtung und die Erneuerung von Pflaster- und Plattenbeläge für den Bereich geplant worden sei. Er sei darauf aufmerksam gemacht worden, dass sich diesbezüglich noch nichts bewegt habe und bittet somit um einen aktuellen Sachstandsbericht.

Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass diese Maßnahme 2013 eingebracht worden sei und der entscheidende Punkt, warum dies noch nicht umgesetzt worden sei, die Überflutungsereignisse 2016 gewesen seien. Die Überflutungsereignisse haben gezeigt, dass es gerade an dieser Stelle Handlungsbedarf bezüglich des Kanals gebe. Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass dies im Verwaltungsrat der TBR behandelt worden sei. Es sei festgestellt worden, dass es auch Auswirkungen über den Kardinal-Galen-Ring bis hinunter zur Ems gebe. Er erklärt, dass Lösungsvorschläge in erheblicher Millionenhöhe gemacht und diskutiert wurden, die sich zurzeit noch in den weiteren Abwägungen bezüglich Kosten-/ Nutzungsverhältnis befinden. Es gebe sehr umfangreiche Berechnungen, die große Auswirkungen haben und somit auch einen langen Entscheidungsprozess benötigen. Herr Dr. Vennekötter erklärt, dass die Erneuerung der Bahnunterführung dieser Entscheidung hintenangestellt werden müsse. Man plane, bis 2020/2022 die Kosten im investiven Bereich der TBR anzusiedeln und eine Entscheidung zur Umsetzung herbeizuführen. Er erklärt, dass dies auch zum zeitlichen Ablauf des Rahmenplans Innenstadt passen würde.

Herr Löckener weist darauf hin, dass diese Maßnahme Bestandteil des Geltungsbereiches des Rahmenplans, aber bislang noch keine konkrete Einzelmaßnahme mit geplanten Kosten sei.

Ende der Sitzung:

19:30 Uhr

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok
Schriftführerin